



Das Reichsbanner

Nr. 9 · September 1969 · 13. Jahrg.

Verkaufspreis DM 0,30

ORGAN DES REICHSBANNERS SCHWARZ-ROT-GOLD
BUND AKTIVER DEMOKRATEN E.V. UND DES FREIHEITSBUNDES E.V. BERLIN

Zum 28. September 1969

ak. Wir spüren es in diesen Tagen und Wochen, daß unsere Aktivitäten im Reichsbanner zurückstehen und zurückstehen müssen zugunsten unserer Mitarbeit beim Bundestagswahlkampf. Es ist fast eine Selbstverständlichkeit, daß die meisten unserer Kameraden alte und neue, die Mitglieder oder gar Funktionäre einer demokratischen Partei sind, hier wieder unverdrossen ihre Pflicht tun, so wie es vor 1933 geschah, in den Wahlkämpfen und zum Schutze der Republik, in der Illegalität nach 1933, und 1945, als es galt den demokratischen Staat wieder aufzubauen.

Unser Bund ist heute wie früher eine überparteiliche Organisation, deren Mitglieder es als Aufgabe der demokratischen Parteien ansehen, bei der politischen Willensbildung uneingeschränkt und vorrangig tätig zu sein.

Ohne die Überparteilichkeit unseres Bundes zu verletzen, fordern wir alle Kameraden auf, bei diesem Bundestagswahlkampf jene Kräfte zu unterstützen, die sich uneingeschränkt zur freiheitlichen, parlamentarischen und demokratischen Grundordnung bekennen. Alle extremistischen Gruppen von rechts und links konzentrieren ihre Angriffe auf den demokratischen Staat und seine Einrichtungen. Die Rechtsextremisten, antidemokratisch, arbeitnehmerfeindlich, neonazistisch, versuchen mit der demagogischen Parole „Sicherheit durch Recht und Ordnung“ neue Dumme zu fangen und unverbesserlich Ewiggestrige wiederzugewinnen. Sie finden hierbei Schützenhilfe von reaktionären „rechtskonservativen“ Kreisen — eine schwarzweißbrotpbraune Kumpanei. Schlimm genug, wenn gewisse Politiker sich im „Rechtsüberholen“ üben.

Selbsterfleischung im Innern und Isolierung nach Außen wären die Folgen, hätte das Bemühen um eine neue Harzburger Front auch nur gewisse Erfolge. Hakenkreuz und Stahlhelm waren schon einmal Deutschlands Untergang. Es wird gerade unsere Aufgabe sein, vor und auch noch nach der Bundestagswahl jene Kräfte aufzuspüren und zu stellen, die der Reaktion auf mannigfache Weise direkt und indirekt ihre Unterstützung leihen.

(Fortsetzung letzte Seite)

II. Bundeskonferenz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Bund aktiver Demokraten e.V.

18. und 19. Oktober 1969 in Bonn - Beuel (rechtsrheinisch)
Rathaus, Friedrichstraße 65

Der Bundesvorstand hat beschlossen, diese Bundeskonferenz in zwei besondere Teile zu gliedern:

- I. Staatspolitische Information
- II. Organisatorischer Teil gem. § 10, Abs. 4 der Bundessatzung.

Es ist vorgesehen folgende vorläufige

TAGESORDNUNG

Samstag, den 18. Oktober 1969

ab 14 Uhr:

1. Eröffnung der Bundeskonferenz und Begrüßung

Teil I 2 Vorträge:

- a) **Die Bundeswehr im demokratischen Staat**
- b) **Selbsterstörung der Demokratie?**
- c) **Justiz und demokratischer Staat**

Es ist beabsichtigt, nach Abschluß des Teiles I noch am gleichen Nachmittag bzw. Abend zu beginnen mit

Teil II und ihn fortzusetzen am

Sonntag, den 19. Oktober 1969

ab 9 Uhr

- A Konstituierung der Bundeskonferenz
- B Berichte des Bundesvorstandes für das Jahr 1968 und das 1. Halbjahr 1969:
- C Beratung und Verabschiedung der vorliegenden
- D Ersatzwahlen zum Bundesvorstand

Schlußansprache

(Erläuterungen letzte Seite)

geschlossen; britischer Krämergeist begann sich des Ruhrgebietes zu bemächtigen; und sogar die kürzlich erst schnell und einwandfrei besiegten Franzosen meldeten haarsträubende Forderungen an.

Die Welt — die des Hauptmann B. — war völlig aus den Fugen geraten! Er kam sich vor wie eingekreist von den Mächten des Bösen. Sie gönnten den Deutschen, den besten Soldaten der Welt, den Sieg nicht!

Allein jedoch feindliche Materialüberlegenheit, dazu die Schwächen einstiger Verbündeter, und dann die Wührarbeit heimtückischer Zersetzer, sogenannter „Widerstandskämpfer“, mitten in den eigenen Reihen, sie alle hatten das möglich gemacht!

Eine Schlammflut an Verleumdungen wälzte sich heran. So etwa: Sie, die Deutschen, hätten diesen Krieg mit geradezu kriminellen Methoden vom Zaun gebrochen — die Wahrheit: er war ihnen aufgezwungen worden! Oder: Sie, wieder die Deutschen, wären bereitwilligst zu Handlangern eines gewissen Hitler geworden — die Wahrheit: allein für Deutschland hätten sie gekämpft. Schließlich dann noch: Die Vernichtung von Millionen Juden — die Wahrheit: davon habe niemand etwas gewußt, damit habe niemand irgend etwas zu tun; zumal die dabei genannten Zahlen als stark übertrieben angesehen werden müßten.

Doch so was — und Ähnliches — ging damals dem Hauptmann B. gegen seine deutsche Ehre, für die allein er lebte und für die er dann auch zu sterben bereit war. In seiner schwächsten Stunde. Und eben damit reichlich voreilig, wie sich nunmehr zu erweisen scheint.

Denn es gibt wieder Menschen in seinem Deutschland, denen es gegeben ist die einzig wahren und großen Werte zu erkennen, zu pflegen und zu verbreiten. Der Hauptmann B. hätte nur ein paar Jahre zu warten brauchen, um zu erleben, daß sein Geist — in unseren Landen — geradezu unsterblich zu sein scheint. Er marschiert nun in den Reihen der NPD mit. Dort allein weiß man, was Deutschland wirklich nottut. Eine Unmenge an Unrecht ist zu beseitigen. Eine Besinnung hat stattzufinden. Eine Ehre ist wiederherzustellen. Wir sind doch wer!

In diesen Tagen wäre der damalige Hauptmann B. 50 Jahre alt geworden. Zu seinem Gedenken verschickte sein sich zweifellos in Ehren ergraut fühlender Vater — Mitglied der NPD — an einstige Freunde und Kameraden eine Karte mit einem Foto seines toten Sohnes, worunter dick gedruckt stand: „Er ist nicht umsonst gefallen!“

Das könnte sein — wenn nicht endlich und endgültig dieses makabre Totentanzgetöse als das entlarvt wird, was es schon immer war und wieder sein will: das Produkt von zweckbedingten Scharfmachern, den „Schöpfern einer Nation“, die nichts als verdummtes, gemütsträchtiges Rindvieh heranzuzüchten versuchen. Und das darf nicht noch einmal mit unserem Deutschland geschehen!

Das wäre einfach des Sinnlosen zuviel.

Bonn ist nicht Weimar, aber...

Erinnerungen eines Verwaltungsbeamten aus der Weimarer Zeit

Es war im Jahre 1930, kurz nach dem Ende der Großen Koalition unter Hermann Müller. Damals nahm ich als Landrat an einer Dienstbesprechung im Oberpräsidium Breslau teil. Die beiden Regierungspräsidenten sowie die Landräte von Niederschlesien waren anwesend. Vor Eröffnung dieser Besprechung empfahl uns der Regierungspräsident Happ, ein vorsichtiges Zentrumsmitglied, während der Sitzung keine Fragen zu stellen, sondern nur die zu erwartenden Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen.

Als der damalige Oberpräsident Lüdemann mit seinem persönlichen Berater erschien, nahm kaum einer der Anwesenden von ihrem Eintritt Kenntnis, während der Teilnehmerkreis sich zum großen Teil von seinen Sitzen erhob (!), als zwei uniformierte Reichwehroffiziere, ein General und anscheinend ein Oberst, den Raum betraten. Ich brachte mein Mißfallen über diese unterschiedliche Bewertung von Zivilisten und Militärs zum Ausdruck.

In einem arroganten Befehlstone verlas der Oberst eine Mitteilung, die sich mit der Grenzsicherung gegenüber Polen, mit der Behandlung von illegalen Waffenlagern, mit dem Stand der illegalen Aufrüstung und anderen Maßnahmen befaßte, die von uns Zivilisten nur zur Kenntnis genommen werden dürften. Strikte Geheimhaltung sei erforderlich. Ohne Aussprache wurde diese Besprechung geschlossen.

Von dem Ergebnis meiner Beschwerde, die ich gegen dieser Art Dienstbesprechung an die Fraktion der SPD des preußischen Landtages richtete, hörte ich nichts mehr, da ich kurz darauf als Landrat nach Ilfeld/Südharz berufen wurde. Mein kleiner Landkreis beherrschte sowohl im Süden als auch im Nordosten des Harzes wichtige Zugangsstraßen, insbesondere auch die nach dem braunschweigischen Bad Harzburg führenden. So versuchte ich denn, mich mit einigen meiner Landratskollegen im Westen und Norden des Harzes in Verbindung zu setzen, um die Zugangs- und Durchgangsstraßen an dem Tage zu sperren, als die Harzburger Front, bestehend aus den Nationalsozialisten, der SA, den Deutschnationalen und dem Stahlhelm zu einem Treffen am 11. 10. 1931 aufrief. Der für uns zuständige Regierungspräsident von Hildesheim, Dr. Höhnen, versagte sich unserer Anregung, was nicht verwunderlich war, weil es sich um einen reaktionären Mann handelte, der als Oberpräsident von Pommern abgelöst worden war, was ihn aber nicht hinderte Regierungspräsident von Hildesheim zu werden. So waren wir Landräte auf uns selbst gestellt und versuchten nach Möglichkeit, die Zugänge nach Bad Harzburg auf den Landstraßen zu verhindern oder wenigstens zu erschweren. Der Eisenbahnverkehr blieb ohnehin ungehindert.

Große Teile sogar der preußischen Verwaltung waren damals so wenig intakt, daß schon allein bei dieser Straßensper-

rung keine einheitliche Linie zu erreichen war. Ja, hohe Regierungsbeamte stützten heimlich die Harzburger Front, die ein Jahr später zum Papenputsch führte. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold stand zwar marschbereit, wurde aber nicht eingesetzt, was große Teile dieser republikanischen Organisation überhaupt nicht verstanden.

Wir, in der wirtschaftlich florierenden Bundesrepublik, sind noch nicht vor ähnliche Probleme gestellt worden, wenn man von der NPD absieht. Auch ist das Verhältnis der politischen Führung zu den Militärs vorerst noch besser als in der Weimarer Zeit. Aber die Bewährung unseres geteilten Landes, dessen Grenzen noch nicht geregelt sind und für das ein Friedensvertrag noch aussteht, liegt in der Zukunft. Vieles ist anders als damals, manches besser, manches auch gefährlicher. Vor allem fehlt noch ein starker und opferbereiter Bund aktiver Demokraten, der Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit zu ziehen gewillt ist.

Dr. Middelhaufe, Ortsverein Düsseldorf

Skandalöse Unwissenheit

R. Schw. — Berlins Schulsenator Carl-Heinz Evers sprach in einer vorverlegten Feierstunde zu Ehren der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 in der Gedenkstätte Plötzensee vor tausend Schülern, von denen es hieß, daß sie wegen ihres besonderen politischen Interesse zur Teilnahme an der Gedenkfeier delegiert worden seien.

Hier einiges von dem, was die Befragten der Mitarbeiterin des Senders Freies Berlin zu sagen wußten: „Es war ein Aufstand der Arbeiter wegen der schlechten Löhne. Sie gingen auf die Straße. Dann schlossen sich ihnen Studenten an.“ — „Das war eine Sache mit den Opfern des Faschismus. Da wurden die Juden hingerichtet, die hier eingeliefert wurden. Das war dann eine ganze Widerstandsorganisation, so rund fünfzig.“ — „Wir wurden im Geschichtsunterricht ein bißchen darauf vorbereitet, aber die Namen habe ich alle vergessen.“ — „Ich weiß, zum 20. Juli gibt es einen Briefmarkensonderdruck.“ — „Vorbereitet auf diesen Tag wurden wir nicht, aber das war doch irgendwie mit der Rosa Luxemburg und dem Spartakusbund. Und dann wurden die Luxemburg und der Karl Liebknecht hingerichtet oder so.“

Zur Frage, auf welche Weise die Auswahl zur Teilnahme an der Gedenkfeier erfolgte, erklärte ein Schüler: „Uns hat der Klassenlehrer gefragt: ‚Wer ist gut im Rechnen?‘ Die drei, die eine Eins hatten, bekamen schulfrei und durften zur Gedenkfeier gehen!“

Daß ein Lehrer die skandalöse Unwissenheit der Schüler mit den Worten zu bemängeln versuchte: „Wir sind in Geschichte noch nicht so weit“, finden wir schlechthin unverschämt. . . .

(Allgemeine unabhängige jüdische Wochenzeitung Nr. 16/18. 7. 1969)

Judo im Wahlkampf

Wahlkampf ist Schwerarbeit. Niemand wird das bestreiten. Die schwierigste Wahlkampfarbeit aber, so scheint uns, leistet in diesen Tagen die Polizei.

Innenminister Weyer (NRW) hat mit einem Schnellbrief an die Polizeibehörden Klarheit über einige wichtige Punkte geschaffen: Ordner in Wahlversammlungen dürfen nicht als „Saalschutz“ oder als „Rollkommandos“ organisiert werden. Sie dürfen weder Schlag- oder sonstige Waffen noch Koppel oder gar Schutzhelme tragen. Bilder, wie wir sie von jener unseligen NPD-Veranstaltung in Frankfurt her kennen, werden sich also in Nordrhein-Westfalen kaum wiederholen.

Weyers Schnellbrief macht aber andererseits darauf aufmerksam, daß Ordner im Notfall auch Zwang anwenden können, z. B. wenn ein Versammlungsleiter wegen grober Störung Teilnehmer aus der Versammlung ausschließt. Die heikle Frage ist: Wie weit darf der Zwang gehen? Ist es Ordnern erlaubt, mit körperlicher Gewalt gegen widerspenstige Störenfriede einzuschreiten? Wenn ja, dann käme es im Ernstfall ganz darauf an, wer der Stärkere ist oder wer über die bessere Ausbildung in Karate und Judo verfügt — die Ordner oder diejenigen, die eine Versammlung „sprengen“ wollen. Weyers Schnellbrief-Regeln lösen das komplizierte Problem, vor das die Polizei gestellt ist, nicht.

Man mag einwenden, daß im Ernstfall die Polizei ja immer noch, um Schlimmes zu verhüten, die Versammlung auflösen kann. Doch auch das hieße denen, die ausziehen, eine Versammlung „auffliegen“ zu lassen, von vornherein die Chance eines Erfolges einräumen.

Neuerdings versuchen die Veranstalter von Wahlversammlungen dem Konflikt aus dem Wege zu gehen, indem sie Eintrittskarten ausgeben, und zwar nur an solche Leute, von denen sie glauben, daß sie friedfertig sind. Die Polizei muß dann helfen, daß die Kontrolle funktioniert. Die Polizei verhängt sozusagen eine Quarantäne über die Versammlung, legt einen „Cordon sanitaire“, einen weiten neutralen Schutzgürtel, um das Lokal und hält so die Gegner in ausreichendem Abstand voneinander.

Die Rechtslage für solche Maßnahmen ist klar. Nach dem Versammlungsgesetz müssen Demonstrationen angemeldet werden; ist die öffentliche Ordnung oder Sicherheit unmittelbar gefährdet — wenn zum Beispiel zwei gegnerische Veranstaltungen zur gleichen Zeit und am gleichen Ort geplant sind —, kann die Polizei Demonstrationen verbieten.

Sie kann das nicht nur, sie muß das tun. Und sie muß das auch dann tun, wenn Demokraten gegen die Veranstaltung einer Partei demonstrieren wollen, die nach der Ansicht vieler, vielleicht der meisten Demokraten, auch beispielsweise des Bundesinnenministers, eine verfassungsfeindliche Partei ist. Mit anderen Worten: Die Polizei

muß auch die NPD schützen, da diese Partei nicht verboten ist. Alle Demonstranten sollten sich übrigens allmählich klar darüber werden, daß Anti-NPD-Demonstrationen mehr und mehr von der DKP und auch von den militanten Teilen der APO für ihre eigenen Ziele mißbraucht werden.

Selbstverständlich sollte auch die Polizei von Fall zu Fall überlegen, welche der ihr zur Verfügung stehenden Mittel beim Einsatz gegen nicht zugelassene Demonstrationen angemessen sind. Es müssen nicht immer gleich Wasserwerfer, Reiterstaffeln oder Hunde in Marsch gesetzt werden.

Kurt Gehrman — NRZ 198/1969

Als Antwort kam eine NPD-Zeitung

Seit Donnerstag (14. 8. 1969) gelten die Nachforschungen der Justiz in Sachen Matthias Defregger als abgeschlossen — zum zweitenmal innerhalb eines Vierteljahres, nachdem der Frankfurter Oberstaatsanwalt Dr. Dietrich Rahn (55) bereits am 12. Mai die Einstellung des Verfahrens verfügt hatte ...

Das Bild habe sich im wesentlichen bestätigt, das aufgrund der früheren Ermittlungen vom Ablauf der Geschehnisse im italienischen Ort Filetto gewonnen worden sei. Wesentlich mehr wäre nicht zu sagen, denn „dieses hier“, bedeutete der Oberstaatsanwalt den überraschten Journalisten, „ist keine Pressekonferenz im üblichen Sinne ...“

Wer immer sich in den vergangenen Wochen um ein Wort des Chefs der Frankfurter Ermittlungsbehörde zum Fall Filetto bemühte, konnte von der Pressekonferenz im Rahnschen Sinne eigentlich kaum noch überrascht werden.

... Das Ergebnis seines hartnäckigen Schweigens: Sogar in Justizkreisen wurden Nachrichten kolportiert, die sich hautnah mit der Person des Ermittlers beschäftigten, über seine Rolle als Kriegsratsrat Vermutungen anstellten und schließlich in die unbeantwortete Frage mündeten, ob der Oberstaatsanwalt den umstrittenen Weihbischof möglicherweise schon vor seinen Recherchen gekannt habe. Wer glauben mochte, es sei ein Gebot der Fairneß und außerdem die selbstverständlichste Sache der Welt, die Spekulationen nicht von selbst ins Kraut schießen zu lassen und den Juristen also aus guten Gründen um eine klärende Stellungnahme zu bitten, wurde bereits von jener Sekretärin zu rechtgestutzt. Was habe, so fragte die Dame zurück, die Sache mit der Person zu tun?

Zu seiner vorletzten Stellungnahme hatte sich Dr. Rahn am Mittwoch dieser Woche aufgerafft. Von der „Frankfurter Rundschau“ nochmals ersucht, über seine früheren Bemühungen zum Falle Defregger irgendetwas Verlautbarung abzugeben, verwies die Sekretärin nicht etwa auf die am

folgenden Tage anstehende „Pressekonferenz“, sondern ließ dem Anrufer eine halbe Stunde später per Boten einen geschlossenen Briefumschlag zukommen. Inhalt: die von der NPD herausgegebenen „Deutschen Nachrichten“ plus Begleitschreiben, unterzeichnet von der Sekretärin: „Auf Ihre heutige telefonische Anfrage übersende ich Ihnen im Auftrag von Herrn Oberstaatsanwalt Dr. Rahn die „DN“. Auf Seite 16 finden Sie die Beantwortung Ihrer Frage.“

Auf Seite 16 aber beklagte sich die NPD, daß „es ein öffentlicher Skandal ist, daß der Herr Oberstaatsanwalt und ehemalige Feldkriegsgerichtsrat bis zur Stunde noch keine Ermittlungen gegen das etwa einhundertköpfige rote Mordgesindel aufgenommen hat“, das — ergänzende Feststellung der Redaktion — am 25. Juli angeblich die friedliebenden Nationaldemokraten bei der Abhaltung ihrer Wahlversammlung im Frankfurter Cantate-Saal attackierte.

Der Oberstaatsanwalt und die Presse — im Falle Defregger ein trauriges Kapitel, das vorerst nicht nur die radikalen Rechten weiterschreiben. Am 12. August schaltete sich auch das „Neue Deutschland“ mit einem Beitrag über des Weihbischofs „braunen Schutzengel“ in die Diskussion ein. Das Ende vom Lied ist von jammervoller Stunde behaupten, daß Dietrich Rahn diese Klängen begleitet. Niemand kann zur schrillen Töne verdient hat. Aber er trug seinen Teil dazu bei, den Rattenfängern von rechts und links eine willige Gefolgschaft zu sichern.

(Hans Joachim Noack in der Fr. R. 15. 8. 1969)

„Dann werden sich die Zeiten ändern“

Von Hans Hellmut Kirst

SWJ/8 — 1969 — Als damals der Zweite, der vorläufig letzte Weltkrieg zu Ende ging, rief ein Hauptmann B. aus: „Alles ist sinnlos geworden!“ Und mit diesen Worten stürzte er sich aus unserer Bunkerwelt in seine Freiheit. Um sich dort zu erschießen.

Wir fanden die Leiche des Hauptmanns B. am nächsten Tag. Er hatte eine Handgranate zwischen seinen Zähnen entzündet — sein Heldengesicht war nur noch Brei. Und eine Fotografie seiner Frau und seiner drei Kinder, die daneben lag, war wie versprüht von den zerfetzten Resten seines Gehirns.

Dieser Hauptmann B. der damaligen „großdeutschen Wehrmacht“ ist, wie er oftmals glaubhaft versichert hatte, ein betont nationaler Mann und ein bemüht sozialistischer Mensch gewesen. Er wollte den vermeintlichen Untergang seines deutschen Volkes nicht miterleben.

Denn: Asiatische Horden stürzten sich bereits auf reinrassige Frauen; das amerikanische Judentum hatte die Dezimierung der Restbevölkerung durch Verhungern be-



Mitteilungen des Bundesvorstandes der Landesverbände und Ortsvereine

BUNDESVORSTAND

1. Erläuterungen und Bemerkungen zur II. Bundeskonferenz am 18. u. 19. 10. 1969

Die auf der 1. Seite mitgeteilte vorläufige Tagesordnung ist mit dem Rundschreiben Juli 1969 ausführlicher dargestellt worden. Wir bitten vor allem Dingen die Hinweise bezüglich der Delegierten und zur Unterkunftsbeschaffung zu beachten. Weitere Mitteilungen folgen. Die endgültige Tagesordnung mit Benennung der Referenten wird auch in der Oktober-Ausgabe der Bundeszeitung veröffentlicht.

2. **Plakate und Flugblätter** mit dem Motto: „Die Vergangenheit mahnt — Keine Stimme den Rechts- und Linksextremisten“ sind zum Selbstkostenpreis über die Bundesgeschäftsstelle 6 Frankfurt a. M., Reineckstraße 7 (Parkhaus Konstabler) zu beziehen. Wir bitten schriftliche Bestellungen **sofort** dorthin zu richten.

HESSEN

„Die Vergangenheit mahnt — keine Stimme den Rechts- und Linksextremisten“ war das Motto der Mitgliederversammlung des Ortsvereins Frankfurt a. M. am 16. August 1969 im Bornheimer Ratskeller. Kamerad Funk umriß einleitend die Aufgaben und Möglichkeiten unserer Organisation, die demokratischen Parteien im Bundestagswahlkampf wirkungsvoll zu unterstützen: Wir sind zwar eine überparteiliche aber keine unpolitische Organisation. Unsere Werbung muß sich vor allem darauf konzentrieren, daß den Extremisten von rechts und links bei der Bundestagswahl eine Abfuhr erteilt wird. Ferner sollte an die große Zahl der gleichgültigen Nichtwähler appelliert werden ihrer Wahlverpflichtung nachzukommen. Eine hohe Wahlbeteiligung verhindere den Einzug der NPD in den Bundestag.

Kamerad Funk begrüßte die Vertreter der demokratischen Parteien und bedauerte, daß ein Vertreter der FDP diesesmal nicht erschienen war. Als erster sprach der Vertreter der CDU, Stadtverordneter Helmut Link, der in einem Frankfurter Wahlkreis für den Bundestag kandidiert. Er war beeindruckt von der Aktivität des Reichsbanners, daß er bisher nur aus Berichten kannte. Spontan erklärte er seinen Beitritt und seine Bereitschaft, das Reichsbanner bei seinen Aufgaben zu unterstützen. Bei den Bundestagswahlen, so meinte er, käme es vor allen Dingen darauf an, den Einzug der NPD in das Bundsparlament zu verhindern. Physische Gewalt sei kein Mittel vernünftiger Politik; die Praktiken der NPD müßten mit allen legalen

Mitteln bekämpft werden. Er empfahl das Beispiel der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung nachzuahmen, die NPD-Vertreter zu ignorieren und sie garnicht erst „pressewirksam“ werden zu lassen.

Der Vertreter der SPD, der Stadtverordnete Kamerad Martin Croll, erinnerte an die Zeit vor 1933 und warnte eindringlich vor den Gefahren, die der Demokratie auch heute drohen. Noch immer seien viele Bürger anfällig für demagogische Parolen und Hetzreden. Das Wirken der NPD zeige, daß sie nicht nur von ehemaligen Nazis geführt werde, sondern daß sie auch das Gedankengut der Hitler, Goebbels und Konsorten übernommen hätte. Seine Partei fordere daher ein Verbot der NPD. Die Grenzen demokratischer Toleranz gegenüber diesen politischen Wirrköpfen seien schon längst überschritten.

Die Diskussion die sich an die Ausführungen der Redner anschloß war sehr lebhaft und getragen von dem alten Kampfgeist des Reichsbanners. Kamerad Funk faßte das Ergebnis dieser Versammlung zusammen. Anschließend wurden Plakate ausgegeben, die das Reichsbanner im Wahlkampf verwenden will; es soll auch ein Flugblatt vorbereitet werden.

Für die Bundeskonferenz am 18. und 19. Oktober wurden 12 Delegierte und 4 Ersatzdelegierte gewählt. Außerdem werden noch Gastdelegierte teilnehmen. Mit einem Appell zu weiterer aktiver Mitarbeit und Werbung wurde die gut besuchte Versammlung abgeschlossen.

Frankfurt: Samstag, den 6. September: Omnibus-Propagandafahrt in den Odenwald. Abfahrt 10 Uhr Baseler Platz. Kosten DM 5,— Anmeldung sofort bei dem Vorsitzenden Fr. Funk, Telefon 35 02 52.

Frankfurt: Durch ein Versehen wurde hier die Zusammensetzung des Landesvorstandes Hessen nicht vollständig wiedergegeben. Wir holen nach: 1. Schriftführer, Walter Fiedler, Niederissigheim.

Nordrhein-Westfalen

Alle Zuschriften den Landesverband betreffend gehen an den Kameraden August Kerger, 53 Bonn 1, Nikolausstraße 17 II, Telefon 22 97 15.

Alle Markenbestellungen, Abrechnungen der Ortsvereine und Stützpunkte usw., den Landesverband betreffend, gehen nur über den Kameraden Adolf Prangenberg, 53 Bonn 1, Flensburgerstraße 68, jetzt auch Telefon: 3 49 83.

Düsseldorf: Nächste Mitgliederversammlung mit eingeführten Gästen am Mittwoch den 10. 9. 1969. Besondere schriftliche Einladung erfolgt. Alle Zuschriften den Düsseldorfer Raum betreffend gehen an den Kameraden Dr. Siegfried Middelhaufe, Ministerialdirigent a. D. Düsseldorf-Oberkassel, Kaiser Friedrich-Ring 68, Telefon 5 22 64.

Dortmund: Am 31. Juli fand im Hotel „Romberg-Park“ ein großer Empfang aus Anlaß des 80. Geburtstag des Kameraden Fritz Kehler, Ehrenvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, statt. Kamerad

Fortsetzung der Titelseite

Auf der anderen Seite steht der Linksextremismus mit dem Zeichen der Selbstzerfleischung in sterilen Richtungskämpfen und mit einem festen Kern kaltschnäuziger Revolutionäre, mit alten kommunistischen Parolen und einigen neuen Akzenten, dem ebenso wie dem Rechtsextremismus entschieden entgegenzutreten ist. Rechts- und Linksextremismus samt Helfershelfern spielen sich bewußt und unbewußt die Bälle zu, wenn es gegen den demokratischen Staat geht.

Mag in anderen demokratischen Staaten das Vorhandensein extremistischer Gruppierungen keine staatliche Bedrohung bedeuten, so ist das, wie wir Deutschen uns eingestehen müssen, aus vielen Gründen hier noch anders. Die Vergangenheit ist, leider, noch lebendig.

Wenn wir entschiedene Gegner des Extremismus sind, so bekennen wir ebenso freimütig, daß Demokratie ihrem Wesen nach nicht Ruhe, Übereinstimmung, Konservativismus, sondern Pluralität, Widerstreit und offenes Austragen von Interessengegensätzen und Konflikten ist. Die fortschrittlichen und freiheitlichen Demokraten gruppieren sich in der politischen Mitte und links von der Mitte. Der Feind steht noch immer rechts und bei den Linksextremisten. Sorgen wir mit dafür, daß die entschieden demokratischen Kräfte aus der Bundestagswahl gestärkt hervorgehen und den Extremisten eine exemplarische Abfuhr erteilt wird.

Kehler, der seit 1920 in polizeilichen Diensten stand, war vor 1933 einer der „Ausbilder“ unseres Dortmunder Reichsbanners Kamerad Paul Höbener gratulierte im Auftrage unseres Bundes und überreichte ihm die Ehrennadel des Reichsbanners. Zuschriften die Dortmunder Kameraden betreffend, gehen an den Kameraden Paul Höbener 46 Dortmund, Brüderweg 9, Telefon 52 76 88/99.

Das Reichsbanner

Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold,

Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V., Berlin

Nr. 9 September 1969 — 13. Jahrgang

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand, 6 Frankfurt am Main, Reineckstr. 7, Telefon: (0611) 29 41 61.

Verantwortlicher Redakteur: August Kerger, 53 Bonn, Nikolausstraße 17/II, Telefon: (0221) 22 97 15

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung:

VW Industrie- u. Verkehrswerbung GmbH & Co. KG., 6000 Frankfurt am Main,

Fürstenberger Straße 157, Telefon: (0611) 55 80 36

Druck: Hermann Meister KG, Heidelberg

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar. — Für unverlangte Manuskripte, denen wir Rückporto beizufügen bitten, keine Gewähr. Alle Manuskripte und sonstige Leserschriften sind an die Redaktion: 53 Bonn, Nikolausstraße 17, zu richten.